

## Brexit – das Referendum und die Folgen

Ich kam vor 8 Jahren nach London, als mir mein Arbeitgeber in Hamburg die Gelegenheit gab, eine neue Rolle in einem internationalen Kontext in London anzunehmen. Dort zu leben und zu arbeiten war für mich immer ein Lebenstraum und so zögerte ich keine Sekunde, das Angebot anzunehmen.

Das Ergebnis des Referendums vom 23. Juni 2016 hat nun allerdings meine positive Einstellung gegenüber meinem Gastland etwas beeinträchtigt. Ein Mix aus Unglauben, Wut, Niedergeschlagenheit und das Gefühl nicht willkommen zu sein macht hier in UK nicht nur mir, sondern einem Großteil der EU Ausländer zu schaffen.

Es scheint der Wille zum öffentlichen Diskurs, in dem rational über Für und Wider debattiert und gestritten werden könnte, vor allem auf Seiten der „Leave“ Befürworter zu fehlen, denn sobald versucht wird, eine Debatte hinsichtlich der Folgen von Brexit zu entfachen oder auf [Einhaltung parlamentarischer Prozesse](#) zu bestehen, wird reflexartig der [Holzhammer](#) herausgeholt, um die Stimmen zum Schweigen zu bringen oder gar Stimmung gegen einzelne Personen zu machen. Die Emotionalität, mit der die Brexit Debatte öffentlich geführt wird, ist bemerkenswert und zuweilen erschreckend. So erhielt Gina Miller, eine Investment Fondmanagerin [Morddrohungen](#), weil sie es wagte auf eigene Kosten das Gericht anzurufen, um feststellen zu lassen, ob es der Regierung erlaubt sei, im Alleingang ohne Debatte und Absegnung seitens des Parlaments das Gesetz zum Beginn der Austrittsverhandlungen voran zutreiben. Der Supreme Court gab Gina Miller Recht und das Parlament durfte [über Artikel 50 debattieren und abstimmen](#).

Vor zwei Wochen erntete Tony Blair ebenfalls viel Kritik für seinen Aufruf zum [Hinterfragen des Wahlausgangs](#), dessen Ergebnis ganz offensichtlich auf Basis falscher [Versprechungen](#) herbeigeführt wurde und regte an, das Ergebnis des Referendums und mögliche Folgen des Brexit neu zu bewerten.

"But this issue is the single most important decision this country has taken since the Second World War and debate can't now be shut down about it." (Tony Blair)

Das Land ist tief [gespalten](#) in dieser Frage (48% stimmten für den Verbleib in der EU und 52% dagegen) und angesichts der [lang anhaltenden Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor](#), um eine Konsolidierung des Haushalts bis 2020 zu erreichen (ein Ziel was mit Blick auf Brexit bereits wieder über [Bord geworfen wurde](#)), wurden notorische Nichtwähler vor allem in Kleinstädten und auf dem Land mobilisiert, die ihrem Ärger und ihren Existenzsorgen durch ihre Stimmabgabe für den Ausstieg aus der Union Ausdruck verliehen. Natürlich werden Schuldige für die seit 2008 anhaltende Misere gesucht und gleichzeitig [blühende Landschaften](#) versprochen, aber eine rationale Debatte über unsere gemeinsame Zukunft scheint kaum möglich zu sein.

„Respect the will of the people“ schallt es sofort von den Titelblättern und aus den Foren großer Onlinezeitungen und jeder, der die Regierungspolitik in Hinsicht auf Brexit in Frage stellt, wird routinemäßig als "[Feind des Volkes](#)" bezeichnet, ob es sich dabei nun um [Richter](#) oder [Investment Banker](#) handelt, deren Verrat "[Aufstände und Straßenschlachten](#)" auslösen wird.

Letzte Woche haben sich die Lords im Oberhaus auf „unsere“ Seite geschlagen und sich für ein verbrieftes Bleiberecht der bereits hier ansässigen EU Ausländer ausgesprochen und damit zu einer [Änderung](#) der bereits vom Parlament abgesehenen Brexit Bill aufgerufen, allerdings hat Theresa

May bereits angekündigt, [das Gesetz unverändert durchbringen](#) zu wollen. Ausserdem plant sie das [Vetorecht](#) des Unter- und Oberhauses hinsichtlich des endgültigen Brexit Deals auszusetzen, weil sie befürchtet, die EU könnte ihr sonst einen richtig üblen Deal andrehen, der so unannehmbar ist, dass ihn das Parlament garantiert ablehnen würde und damit den Brexit zum Scheitern bringt.

„Parliament is currently only being offered a “take it or leave it” vote: accept May’s Brexit deal or leave the EU with no deal, and trade on World Trade Organisation terms instead.“

Zur Zeit sieht es nun also so aus, als würde Theresa May den Scheidungsprozess tatsächlich trotz aller Widrigkeiten in den nächsten Wochen in Gang bringen. Die Rechte der in UK lebenden EU Bürger sowie der in EU lebenden Briten sollen dabei vorrangig innerhalb der nächsten 3 Monate nach dem offiziellen Austrittersuch (Article 50) verhandelt werden.

Was das nun für uns bereits hier lebende Expats genau bedeutet, ist also schwer einzuschätzen. Wahrscheinlich wird es zu einer Einigung dahingehend kommen, dass wir ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht bekommen. Dennoch gibt es die eine oder andere Falle, die m.E. vor allem [Frauen, die z.B. Kinder gross ziehen, und Studenten](#) mit geringem Einkommen diskriminiert, denn diese EU Bürger müssen eine [private Krankenversicherung](#) nachweisen können, wenn sie versuchen eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen, sonst kann ihnen die [Ausweisung](#) drohen,. Diese „Comprehensive Insurance Rule“ soll sicherstellen dass „wirtschaftlich inaktive“ EU Bürger nicht dem Wohlfahrtsstaat zur Last fallen, und trat bereits 2011 in Kraft ohne dass jemand davon richtig Notiz genommen hätte.

In der Tat wurde diese Regelung (CSI rule) durch die EU selbst im Jahr 2004 angeregt, um Gesundheitstourismus innerhalb EU zu unterbinden. Das Problem in UK ist jedoch, dass das NHS kein beitragsfinanziertes Krankenversicherungswesen in dem Sinne ist, sondern ein durch Steuern finanziertes Gesundheitssystem, das kostenlos jedem zur Verfügung steht und deshalb in den Augen des Home Office nicht als „Versicherung“ per se anzuerkennen sei.

„It is about the UK recognising the NHS as comprehensive sickness insurance,“ said immigration lawyer Colin Yeo. *The commission think the NHS does constitute insurance as you are entitled to healthcare, but the Home Office is fighting it tooth and nail.“*

Ich habe jedenfalls beschlossen, mein Schicksal jetzt selbst in die Hand zu nehmen und beantragte kürzlich eine [permanent residence card](#), die eine Voraussetzung für das Erlangen der British citizenship ist. Damit bekomme ich das Recht zur Stimmabgabe in nationalen Wahlen und Referenden und muss nicht nur hilflos zuschauen, wie andere Menschen über mein Schicksal abstimmen.

Zumindest nach dem heutigen Stand habe ich mein Bleiberecht damit abgesichert und die Entscheidung liegt allein bei mir, ob ich weiterhin hier leben möchte oder es vorziehe in ein anderes Land innerhalb der EU zu gehen.

Was das nun allerdings für Neuankömmlinge bedeuten mag, die nach dem Stichtag Ende März 2017 (Artikel 50 trigger) einreisen und sich hier niederlassen wollen, ist wie die Zukunft in der Glaskugel lesen zu wollen. Es kommt mit Sicherheit darauf an, wie gut oder schlecht die Verhandlungen zwischen EU und UK in den nächsten 2 Jahren verlaufen, sollten sich die Fronten verhärten, könnte das für alle Beteiligten sehr unangenehm werden.